



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Verlagerung des Staatsarchivs Würzburg nach Kitzingen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zeitnah mündlich und schriftlich über den Stand der Verlagerung des Staatsarchivs Würzburg nach Kitzingen zu berichten.

Insbesondere ist darauf einzugehen:

- Wie der aktuelle Stand bei dem geplanten Neubau des Staatsarchivs in Kitzingen ist;
- Welche Faktoren Ursache für die Zeitverzögerung bei der geplanten Umsetzung sind;
- Welche Kosten nach den neuesten Erkenntnissen für den Neubau angesetzt sind;
- Welche Kosten die Staatsregierung maximal bereit ist, für dieses Projekt zu übernehmen;
- Mit welchen zusätzlichen Kosten für Planung sowie zusätzliche Infrastruktur die Staatsregierung rechnet und inwieweit deren Finanzierung durch bereits bestehende Beschlüsse der zuständigen Gremien, z. B. Stadt und Landkreis Kitzingen, abgesichert ist;
- Inwieweit in der Gesamtkostenschätzung, die sich derzeit nach Aussage des Staatlichen Bauamts Würzburg auf „mindestens 50 Mio. Euro“ beläuft, die Verlagerung der Archivbestände, die zurzeit noch in der Festung Marienberg gelagert sind, in ein „Ausweichquartier“ noch vor dem Umzug nach Kitzingen und deren späteren Umzug in das Staatsarchiv, in den Kostenschätzungen bereits berücksichtigt wurde;
- Welche Beschlüsse zu Bau, Planung und Verlagerung der Archivmaterialien in den zuständigen Gremien bereits getroffen wurden;
- Inwieweit mit der sowieso notwendigen Zwischenlagerung der Archivalien sich ein größeres Zeitfenster ergibt, um alternative Standorte und daraus resultierende Kosteneinsparungen zu prüfen;
- Welche weiteren Großprojekte im selben Zeitraum anstehen, für die das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst Haushaltsmittel einplanen muss;
- Ob und in welcher Form angesichts der enormen Kostensteigerungen (von geplanten 33 Mio. Euro auf mindestens 50 Mio. Euro) schon Schritte unternommen wurden, um alternative, möglicherweise kostengünstigere Standorte zu prüfen;
- Ob geplant ist, mit der Stadt und dem Landkreis Kitzingen in Gespräche zu gehen, um alternative Behördenverlagerungen angesichts der enormen Kostensteigerungen zu prüfen und dadurch die Stärken der Region, die im Bereich Weinbau, Tourismus, ländliche Entwicklung und vielem mehr liegen, zu stärken;

- Welche Behörden oder Institute für eine Verlagerung nach Kitzingen berücksichtigt werden können, die für Kitzingen als Weinbau- und Tourismusregion einen wirklichen Mehrwert bedeuten würden;
- Ob in der Vergangenheit bereits alternative Konzepte zur Stärkung der Region in und um Kitzingen untersucht wurden und es Pläne gibt, die alternativ umgesetzt werden könnten, um die Region zu stärken;
- Wie die Staatsregierung zu der Resolution des Stadtrats Würzburg von November 2018 steht, in der die Stadt Würzburg ihre Befürchtungen angesichts der befürchteten Zerschlagung gewachsener Archivstrukturen und dem Verlust historischer Dokumente der Stadtgeschichte Ausdruck verleiht.

Begründung:

Der für das Jahr 2022 geplante Umzug des Staatsarchivs von Würzburg nach Kitzingen zieht sich länger hin als ursprünglich gedacht: nach Aussage des Staatlichen Bauamts Würzburg wird die Verlagerung nicht vor 2025 stattfinden. In Würzburg ist das Staatsarchiv bislang im Nordflügel der Residenz sowie in der Festung Marienberg untergebracht. In Kitzingen soll das Archiv im ehemaligen Deustergarten auf 8.000 Quadratmetern ein neues Gebäude erhalten.

Die Verlagerung angestoßen hatte der damalige Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Markus Söder, im Rahmen der Regionalisierung von Behörden und staatlichen Einrichtungen. Im März 2016 beschloss der Ministerrat die Verlagerung. Die Entscheidung stieß in fachlichen Kreisen überregional auf großen Widerstand, da dadurch der Wissenschafts- und Forschungsstandort Würzburg geschädigt würde und der Nutzen für Kitzingen marginal wäre. Zudem verursache die Verlagerung nicht nur einmalige Kosten für Planung, Bau und Umzug, sondern ziehe langfristig höhere Folgekosten nach sich, z. B. höhere Transportkosten für die Abgabe von behördlichen Akten sowie für Dienstreisen der Mitarbeiter des Staatsarchivs zwischen Kitzingen und Würzburg. Die Funktionalität und der Sinn des Staatsarchivs, also die Benützung und wissenschaftliche Erforschung seiner Bestände, geht am geplanten Standort im erheblichen Maße verloren und genau deswegen hat die Stadt Würzburg im November 2018 eine entsprechende Resolution gegen die Verlagerung des Staatsarchivs beschlossen und an die Staatsregierung geschickt.